19. Mai 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

bei den vergangenen drei Landtagswahlen musste die SPD massive Verluste einstecken. In NRW – in dem einstigen Stammland der SPD – wurde das rot-grüne Sicherheitsrisiko mit Hannelore Kraft und Innenminister Jäger an der Spitze deutlich abgewählt. Das war auch eine schallende Ohrfeige für den Kanzlerkandidaten Martin Schulz! Für die Union ist dies ein gutes Zeichen, aber wir dürfen nicht überheblich werden. Jetzt heißt es mit voller Kraft auf in den Bundestagswahlkampf!

Auch in dieser Woche hat uns gerade im Verteidigungsausschuss der Fall Franco A. weiter beschäftigt. Seine kriminellen, rechtsextremen und staatsgefährdenden Machenschaften müssen vollumfänglich aufgeklärt werden! Die Ermittlungen dazu laufen auf Hochtouren.

Mir ist es besonders wichtig, gerade angesichts der aktuellen Negativschlagzeilen zu betonen: Die überwältigende Mehrheit der über 250.000 zivilen und militärischen Angehörigen der Bundeswehr leistet einen tadellosen und herausragenden Dienst, der unser aller Dank verdient.

Die CSU steht an der Seite der Bundeswehr!

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Ihre

Julia Obermeier MdB | CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Neues aus dem Netz

Julia Obermeier
10. Mai

Mein Fazit der heutigen Sondersitzung des Verteidigungsausschusses: Ja wir brauchen Aufklärung im Fall Franco A. Aber das Wahlkampfgetöse von SPD, Linken und Grünen wird unserer Bundeswehr in keiner Weise gerecht. Deshalb gerade heute nochmal meinen aufrichtigen Dank an unsere Bundeswehr! Ich habe großen Respekt vor der Leistung unserer Soldatinnen und Soldaten!

Julia Obermeier mit Marcel Huber
17. Mai Berlin

Traditioneller Maibockanstich in der Bayerischen Vertretung in Berlin! Da durfte unser Staatskanzleiminister Marcel Huber und der Festredner Django Asül nicht fehlen! Zünftig wars in da Hauptstadt.

Ausreisepflicht besser durchsetzen

Ausreisepflichtige Ausländer können nun schneller und leichter abgeschoben werden – insbesondere dann, wenn sie eine Gefahr für die Sicherheit darstellen. Ein entsprechendes Gesetz wurde auf Initiative der Unionsfraktion am Donnerstag im Deutschen Bundestag verabschiedet.

Julia Obermeier MdB: ***„Wir haben uns ein weiteres Mal mit großer Beharrlichkeit gegen unseren Koalitionspartner durchgesetzt. Es ist gut, dass wir jetzt weitere wirkungsvolle Mittel zur Hand haben, die es uns ermöglichen, Gefährder und abgelehnte Asylbewerber schneller abzuschieben. Unser Grundsatz bleibt bestehen: Schutzbedürftige erhalten bei uns in Deutschland Schutz und werden unter großen Anstrengungen gut versorgt und untergebracht. Abgelehnte Asylbewerber müssen jedoch unser Land wieder verlassen. Nur so sorgen wir dafür, dass unser Land die Integration der tatsächlich Schutzbedürftigen auch leisten kann.“***

Das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht ist eine weitere sehr wichtige Etappe auf dem Weg, ausreisepflichtige Migranten schneller und konsequenter abzuschieben. Damit haben wir nun gezieltere Maßnahmen zur Hand, die es ermöglichen, **Personen ohne Bleiberecht schneller und konsequenter auszuweisen.**

So sollen beispielsweise sogenannte **Gefährder** auch dann in **Abschiebehaft** genommen werden können, **wenn die Abschiebung nicht innerhalb der nächsten drei Monate möglich sein wird**. Auch können ausreisepflichtige Personen, von denen eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit ausgeht, nun in Justizvollzugsanstalten untergebracht oder per **elektronischer Fußfessel** überwacht werden. Ferner wird die zulässige **Höchstdauer des sogenannten Ausreisegewahrsams auf zehn Tage verlängert**.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den CSU und CDU durchsetzen konnten: Bei Asylsuchenden, deren Pässe fehlen, können künftig die Mobiltelefone durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge **zur Identitätsfeststellung ausgelesen werden**. Auch sollen vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer sich nur noch im Bezirk einer einzelnen Ausländerbehörde aufhalten dürfen, sofern sie über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit täuschen oder ihre Mitwirkung bei der Beseitigung von Ausreisehindernissen verweigern.

Julia Obermeier MdB: ***„Es ist für die Bevölkerung nicht vermittelbar, warum eine Vielzahl der Asylbewerber auf ihrem Weg nach Deutschland wichtige persönliche Ausweisdokumente verliert, aber das Mobiltelefon nicht. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass diese Telefone auch zur Identitätsfeststellung genutzt werden.“***

Laut Ausländerzentralregister befanden sich Ende April rund **220.000 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland**. Mit der Ablehnung eines Asylantrags und der Feststellung, dass keine Abschiebungshindernisse vorliegen, ist klar, dass der Antragsteller Deutschland wieder verlassen muss.

Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière einen Entwurf zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vorgelegt. Die SPD jedoch blockierte monatelang dieses Vorhaben!

Bundestag in Kürze:

Bund-Länder-Finanzen

Die Koalition hat sich auf eine umfassende Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geeinigt. Kern der Reform ist die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, wobei der Bund die Länder finanziell deutlich entlastet. Im Gegenzug erhält der Bund zusätzliche Kompetenzen, Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten.

Als CSU-Landesgruppe war es uns besonders wichtig Verbesserungen für Bayern zu erreichen: Bayern wird im Vergleich zu seinen bisherigen Verpflichtungen **um rund 1,3 Mrd. Euro entlastet!** Bayern hat bisher alleine mehr als die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs getragen! Der Freistaat wird sich seiner Verantwortung nicht entziehen, aber es muss auch gerecht zugehen. Es kann nicht sein, dass wir Bayern weiterhin der Sponsor von Ländern wie Berlin sind.

Bei der Infrastrukturgesellschaft war für uns ein wesentliches Anliegen, dass die funktionierende bayerische Struktur der sehr leistungsfähigen Autobahnverwaltung erhalten bleibt. Dies wird durch die Möglichkeit von bis zu zehn regionalen Tochtergesellschaften erreicht.

Gesetz zur Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld

Mit diesem Gesetzentwurf setzen wir einen Auftrag des Koalitionsvertrages um. Wir beschlossen daher eine **angemessene Entschädigung für Hinterbliebene**, die einen nahestehenden Menschen **durch Tötung** verloren haben, wobei die Höhe, wie bei Schmerzensgeldern allgemein, in das Ermessen der Gerichte gestellt wird. Ausdrücklich soll dabei der Eindruck vermieden werden, dass durch finanzielle Entschädigung Trauer und Leid in Geld aufgewogen werden könnten, denn dies ist in keiner Weise möglich.

Gesetz zur weiteren Verbesserung des Hochwasserschutzes

Mit diesem Gesetzentwurf schaffen wir beschleunigte **bundesrechtliche Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Hochwasserschutz**. Gerade die verehrenden Hochwasserereignisse aus den Jahren 2013 und 2016 haben die Notwendigkeit von Verbesserungen deutlich gemacht.

Das Maßnahmenbündel umfasst unter anderem die Erleichterung und die Beschleunigung des Baus von Hochwasserschutzanlagen, die Beschleunigung von Gerichtsverfahren gegen genehmigte Maßnahmen oder die Schließung von Regelungslücken zur Verhinderung und Vermeidung von Schäden durch Hochwasser.

Blog: Die deutsch-russischen Beziehungen in Zeiten von Fake News und Propaganda

Desinformationskampagnen und Propaganda sind kein neues Phänomen. Durch die neuen Medien können Falschmeldungen jedoch in sehr kurzer Zeit sehr viele Menschen erreichen und so die öffentliche Meinung stark beeinflussen. Aus diesem Grund werden Fake News und Propaganda auch zu einem Politikum, das auf internationalem Parkett diskutiert wird. In der Kritik stehen dabei immer wieder die Medienmanipulationen des Kremls.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland ist seit der **völkerrechtswidrigen Annexion der Krim** sehr angespannt. Doch gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass der Gesprächsfaden nicht abreißt. Daher nahm ich an einem Informations- und Dialogprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau teil. Während dieser Reise haben wir eine Vielzahl von Expertengesprächen geführt. Im Zentrum standen Themen wie Pressefreiheit, die Beziehungen zwischen der EU und Russland, die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und sicherheitspolitische Fragen.

In vielen dieser Diskussionen kam ein Thema zur Sprache: **Fake News**. Der Kreml investiert jedes Jahr **mehrere hundert Millionen Euro**, um gezielt **Stimmung gegen den Westen** und für Russland und seine Verbündeten zu machen. In der Vergangenheit hat dies immer wieder die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland belastet.

Falschmeldungen aus Russland nehmen zu

Das in Deutschland bekannteste Beispiel ist der **Fall Lisa**. Anfang 2016 wurde von russischen Medien und der russischen Regierung behauptet, das 13-jährige russlanddeutsche Mädchen Lisa sei über 30 Stunden brutal von mehreren Asylsuchenden in Deutschland vergewaltigt worden und dies werde nun vertuscht. Im Nachhinein stellte sich jedoch heraus, dass dieses **Verbrechen nicht stattgefunden hat**. Dieser Fall russischer Propaganda führte zu einem diplomatischen Eklat, da der russische Außenminister Sergej Lawrow mit der Falschmeldung gegen Deutschland Stimmung gemacht hatte.

Auch unsere **Bundeswehr** ist bereits **Opfer einer Desinformationskampagne** geworden: Deutsche Soldaten, die sich am NATO-Einsatz Enhanced Forward Presence im Baltikum beteiligen, sollten gezielt diskreditiert werden. Es wurden **Gerüchte verbreitet**, sie hätten in Litauen eine Minderjährige vergewaltigt. Die litauische Regierung stellte jedoch umgehend klar, dass es für die Vorwürfe **keinerlei Anhaltspunkte** gibt. Die **perfide Falschinformation** wurde offenbar ebenfalls von Russland gestreut.

Desinformation im syrischen Bürgerkrieg

Auch in der Debatte, wer für die **Giftgasopfer im syrischen Chan Scheichun** Anfang April dieses Jahres verantwortlich ist, streut Russland wieder **absichtlich falsche Informationen**. Der Kreml weist jegliche Schuld von Machthaber Bashar al-Assad zurück und spricht lediglich davon, dass syrische Luftangriffe eine Chemiefabrik und ein Munitionslager der Rebellen getroffen hätten und hierdurch die giftigen Gase ausgetreten seien. **Belegen konnte Russland dies nicht**.

Die US-Regierung sowie viele weitere Länder des Westens machen Assad für einen **gezielten Giftgasangriff gegen die Zivilbevölkerung**

verantwortlich. Die Aussagen und Symptome der Verletzten, aber auch die Autopsie der Todesopfer stützen diese Einschätzung. Zudem belegt die chemische Untersuchung von Proben aus Chan Scheichun, dass der Kampfstoff Sarin eingesetzt wurde. Zudem veröffentlichte Frankreich vor einigen Tagen Ergebnisse einer Laboruntersuchung, die belegen, dass das Sarin in Labors des syrischen Regimes hergestellt wurde.

Faktenfinder als Hilfe für Mediennutzer

Um der breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, Ereignissen, die derart unterschiedlich dargestellt werden, auf den Grund zu gehen, werden immer mehr Nachrichtenportale und soziale Netzwerke aktiv. Gemäß dem Motto **„Die Wahrheit ist die mächtigste Waffe“** bieten die öffentlich-rechtlichen Medien, wie beispielsweise die Tagesschau, sogenannte Faktenfinder an. **Mit diesem Tool werden Meldungen auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft**. Hierbei werden die vorliegenden Informationen gezielt mit unabhängigen Quellen verglichen und hinsichtlich ihrer Plausibilität bewertet.

Dies ist auch im Fall des Giftgasangriffs in Syrien geschehen. Hier wurden neutrale Quellen hinzugezogen, wie die Organisation Ärzte ohne Grenzen, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), die 2013 den Friedensnobelpreis verliehen bekommen hat. Aus diesen Informationen lässt sich ableiten, dass **für die russische Argumentation tatsächlich jegliche Indizien fehlen**. Wäre ein Lager mit Giftstoffen bombardiert worden, müssten Bilder von Explosionen und brennenden Munitionsfabriken oder -depots zu finden sein. Diese existieren jedoch nicht. Alles – auch die Untersuchungen der Franzosen und Augenzeugenberichte – weisen eindeutig darauf hin, dass das syrische Regime Giftgas gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hat. Doch **Russland stellt sich der Aufklärung** durch die UN **entgegen und propagiert weiter die Unschuld von Machthaber Assad**. Die internationale Staatengemeinschaft und auch wir in Deutschland müssen die Kriegsverbrechen des syrischen Regimes auf das Schärfste verurteilen. Diese dürfen nicht durch die **russische Desinformationsstrategie** gedeckt werden. Wir müssen den Falschmeldungen die wahren Fakten entgegenstellen!

Facebook geht gegen Fake News vor

Im Bereich der Faktenüberprüfung ist nun auch Facebook, das größte soziale Netzwerk mit knapp **zwei Milliarden Nutzern**, aktiv geworden. Facebook wurde insbesondere im US-Präsidentschaftswahlkampf immer wieder vorgeworfen, an der Verbreitung von Fake News beteiligt zu sein. Aufgrund des hohen öffentlichen Drucks hat das soziale Netzwerk ein Tool entwickelt, mit welchem Nutzer zweifelhafte Inhalte melden können. Es werden nun fragwürdige Nachrichten von externen, unabhängigen Faktenprüfern untersucht. Bis ein abschließendes Ergebnis vorliegt, wird die Meldung mit dem Hinweis versehen, dass der Inhalt angezweifelt wird. Es ist gut, dass Facebook nun endlich seine Laissez-faire-Haltung ablegt und die Plattform besser vor der Verbreitung brisanter Fake News schützt.

Um aber nicht nur die aktive Verbreitung von Falschmeldungen, sondern auch den Ursprung dieser Nachrichten zu bekämpfen, investiert Facebook gemeinsam mit weiteren Unternehmen **insgesamt 14 Millionen Dollar**. Mit diesem Geld wird eine Organisation zur Erforschung des digitalen Journalismus, die News Integrity Initiative, gegründet.

Das primäre Ziel dieser Organisation wird sein, die Verbreitung von Falschmeldungen **zu Propaganda- oder Desinformationszwecken** im Internet und in sozialen Netzwerken zu untersuchen. Aus Russland stammende Meldungen werden dabei sicher eine zentrale Rolle spielen.

Mein Fazit ist: Fake News werden über die Massenmedien rasend schnell verbreitet und von Staaten wie Russland zur Propaganda missbraucht. Daher ist beim Surfen im Netz Vorsicht geboten. Man darf nicht alles glauben, was dort auf den ersten Blick als seriöse Nachricht erscheint. Man sollte keine vorschnellen Schlüsse ziehen und sich genau ansehen, von wem die Informationen stammen.

Dieser Beitrag ist am 06.05.2017 in der Huffington Post erschienen:
http://bit.ly/2qwrMXO

Die Gute(n) Nachricht(en)

Ältere Menschen stehen im Ruhestand besser da

Die Lebensverhältnisse älterer Menschen sind oft mit der Sorge um eine mögliche drohende Altersarmut belastet. Doch den Deutschen geht es im hohen Alter besser als gedacht. Das zeigt sich am durchschnittlich starken Zuwachs des Realeinkommens der Ruheständler. Während sich im Jahr 1984 mehr als **31** Prozent der Menschen ab 65 Jahren im unteren Einkommensfünftel der Gesamtbevölkerung bewegte, waren es 2014 lediglich rund **19** Prozent. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich ihre Zugehörigkeit im obersten Einkommensfünftel von **12** auf **14** Prozent. Verantwortlich dafür ist ein Anstieg des Realeinkommens der 65 bis 74-Jährigen seit den 80er Jahren von rund **52** Prozent. Dieser Umstand hängt u.a. mit ergänzenden Alterseinkommen, mit der Verteilung der Einkommen im Haushalt sowie mit der Haushaltszusammensetzung zusammen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Deutschlands Exporte und Importe klettern auf neues Rekordhoch

„Made in Germany“ bleibt auch im März 2017 international gefragt, wie neuste Zahlen nahelegen. Die deutschen Exporte stiegen um fast **11** Prozent, die Importe um rund **15** Prozent. Damit hält Deutschland den positiven Trend aus dem Vorjahr aufrecht.

Insgesamt wurden im März Waren im Wert von rund **118,2** Milliarden Euro ausgeführt. Das ist ein Anstieg von **10,8** Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Importe erreichten mit **14,7** Prozent einen Rekordwert von **92,9** Milliarden Euro. Damit lag der Außenhandelsüberschuss bei **25,4** Milliarden Euro. Als Ursache hierfür wird die stabile „Weltoffenheit“ Deutschlands genannt.

(Quelle: Nachrichtenportal Deutscher Bundestag)

In Bayern gelingt Integration

Julia Obermeier moderierte Integrationskongress

In der CSU-Landesleitung fand der erste Integrationskongress des **Arbeitskreises Migration und Integration (AK MIG)**, unter der Überschrift – ***„Integration in Bayern – Eine Erfolgsgeschichte“*** – statt. Die CSU-Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier moderierte dabei zwei Podiumsdiskussionen.

Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden des AK MIG, Ozan Iyibas, und dem Grußwort des CSU-Generalsekretärs, Andreas Scheuer MdB, fand sich das erste Podium zum Thema: ***„Wie kann Integration heute gelingen?“*** ein.

Hier diskutierten Schauspielerin und Gründerin von brotZeit e.V., Uschi Glas, der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Dr. Lothar Semper, der Münchner Stadtrat, Marian Offman, der Vertreter des BLSV, Thomas Kram, und der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreis Schule, Wolfgang Zeller, mit der Moderatorin Julia Obermeier MdB.

Das zweite Panel beschäftigt sich mit den ***„Best Practice“ Beispielen*** für gelungene Integration. Die Podiumsgäste waren hier: der Theaterregisseur und zweiter Leiter der Oberammergauer Passionsspiele 2020, Abdullah Karaca, die CSU-Landtagsabgeordnete mit kroatischen Wurzeln, Michaela Kaniber MdL, die Präsidentin des kroatischen Hauses München, Dr. Neda Caktas, der türkische Unternehmer Sami Memili und Muhammed Bah, der als Flüchtling aus Sierra Leone nach Deutschland gekommen ist.

Auf Obermeiers Frage, was **der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration** sei, wurde immer wieder die **gemeinsame Sprache** angeführt. Aber auch das **Bekennen zu unserer Wertekultur** sei von großer Bedeutung. Wir müssen sicherstellen, dass niemand neben oder gar gegen uns in diesem Land lebt.

Mehr dazu lesen Sie im Bericht des Bayernkurier: https://www.bayernkurier.de/parteileben/24533-integration-ist-bringschuld/

Gerne bin ich für Sie da!

Büro München:
Julia Obermeier MdB
Brunhamstraße 21
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 99 099
Fax: 089/ 893 99 100
julia.obermeier.wk@bundestag.de

Hier erreichen Sie mich

Meine Website:

www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:

@Julia_Obermeier

Auf Facebook:

Julia Obermeier

Schreiben Sie mir eine E-Mail:

julia.obermeier@bundestag.de

Julia Obermeier vor Ort

23.05.2017 – 19.00 Uhr	**Bericht aus Berlin beim Verein Deutscher Studenten**
24.05.2017 – ab 10.00 Uhr	**Tag der Gebirgssoldaten in Mittenwald**, Kuranlage Puit, 82481 Mittenwald
24.05.2017 – 19.45 Uhr	**Jahreshauptversammlung des FU Kreisverbandes München 1**
26.05.2017 – 11.00 Uhr	**Auftakt der Kampagne „Freiheit braucht Sicherheit“**, Rosenstraße 1-5, 80331 München

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.obermeier@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Obermeier MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin